

# Sächsische Volkszeitung

ersch. täglich nachm. mit Ausnahme des Sonn- und Festtags.  
Preis: Vierteljahr 1 M. 50 Pf. (ohne Postgeb.).  
Halbjahr 2 M. 50 Pf. (ohne Postgeb.).  
Jahrespreis 5 M. 50 Pf. (ohne Postgeb.).  
Abbestellungspreis: 11-12 M.

Unabhängiges Tageblatt für Wahrheit, Recht u. Freiheit.

Inserate werden die günstigste Stelle ober dem Raum 15 Pf. berechnet, bei Wiederholung bedeutender Rabat.  
Wachdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle: Dresden  
Wilsdruffer Straße 43. — Fernsprecher Amt 1 Nr. 1206.

## Eine deutsche Mittelstandspartei.

Im verflochtenen Winter hatte der Versuch, eine deutsche Mittelstandspartei zu gründen, kein Resultat gezeitigt. Der Bund der Landwirte und die Antisemiten standen dahinter. Allein die „Wirtschaftliche Vereinigung“, wie die Partei sich taufte, verlor wieder in die Tiefe. Die eigentlichen Drahtzieher schienen sich nicht an die Öffentlichkeit zu trauen. Politische Persönlichkeiten wollte man nicht ohne weiteres in den Vordergrund stellen; wirtschaftliche Interessengruppen aber hielten sich zu gut, um den politischen Karren / der Herren um Vierermann von Sonnenberg den Berg hinaufzuziehen. Jetzt hat man aber eine solche eingefangen, und nun taucht der Plan wieder auf. Der „Zentralauschuss“ der vereinigten Innungsverbände Deutschlands in Berlin hat sich dazu herbeigelassen, einen Aufruf zur Bildung einer deutschen Mittelstandspartei zu publizieren. Wer ist dieser „Zentralauschuss“? Das Wort ist sehr vielversprechend, umso mehr ist es zu wundern, daß man bisher davon nichts gehört hat. Ein Zentralauschuss der vereinigten Innungsverbände hätte seinen Einfluß in allen aktuellen Handwerkerfragen gebrauchen müssen, sobald solche die Öffentlichkeit beschäftigen oder im Parlament zur Sprache kommen. Aber der „Zentralauschuss“ schien sich geschlafen zu haben; uns ist augenblicklich nicht bekannt, wie viele Innungen hinter ihm stehen. Allzu viele dürften es kaum sein.

Nunmehr erhebt diese unbekanntes Körperschaft ihre Stimme und schleudert gewaltige Anklagen gegen alle Parteien ohne Unterschied. Keine Partei stehe hilfsbereit dem Handwerk zur Seite; man lese in dem Aufruf: „Was nicht es, daß die politischen Parteien erklären, die Interessen des Mittelstandes vertreten zu wollen, wenn sie sich dieses Versprechens nur vor den Wahlen erinnern?“ Schon diese eine Stelle des Aufrufes zeigt uns, daß katholische Handwerker nicht hinter demselben stehen; soweit nämlich das Zentrum in Betracht kommt, kann kein Kenner der parlamentarischen Vorgänge behaupten, es habe nicht genügend für die Handwerker gesorgt, es habe nur Versprechen vor den Wahlen gegeben.

Diese, auch gegen das Zentrum erhobene, ganz ungegründete Anklage zwingt uns, aufzuzählen, was das Zentrum im Reichstag allein in der Session 1903-04 zu Gunsten des Handwerks beantragt und teilweise schon erreicht hat. Wir lassen hier wirklich „Taten“ sprechen, die der Aufruf so dringend wünscht.

Die gesetzliche Festlegung der Begriffe „Fabrik“ und „Handwerk“ forderte der Zentrumsabgeordnete Erzbberger (5. Februar 1904) und Schaffung einer einheitlichen Behörde, die endgültig über die Zugehörigkeit zur Handwerks- oder Handelskammer entscheidet. Staatssekretär Graf Kosjadowsky jagte auch zu, daß einleitende Schritte zu dieser gesetzlichen Formulierung bereits erfolgt seien. Denselben Zentrumsabgeordneten und seinem wiederholten Drängen ist es zu verdanken, daß die Handwerkeranträge nicht auf das nächste Jahr hinausgeschoben worden ist, sondern schon in diesem Jahre eingeleitet wurde.

Der Zentrumsabgeordnete Dr. Sipe stellte den Antrag, daß nur derjenige Lehrling ausbilden darf, der die Meisterprüfung abgelegt hat und die Zentrumsabgeordneten Trimborn und Euler empfahlen warm denselben (14. Januar 1904). Dr. Sipe forderte in einem Antrage auch die Einführung des Befähigungsnachweises für das Baugewerbe. Von weittragendster Bedeutung ist der Antrag des Zentrumsabgeordneten Erzbberger auf Neuorganisation des Submissionswesens; der Antrag fand Annahme und erhielt von Seiten der verbündeten Regierung die Zusage, daß alsbald an die Ausführung gegangen werde. Die Sicherung der Forderungen der Bauhandwerker forderte ein Antrag des Zentrumsabgeordneten Dr. Spahn; auch hier hat der Vertreter der Regierung eine entgegenkommende Erklärung abgegeben. Gegen die unbillige Konkurrenz der Gesängnisarbeit wendet sich ein Antrag desselben Zentrumsabgeordneten, den Vorklage sehr entschieden vertrat. Auf wiederholtes Drängen der Zentrumsabgeordneten Erzbberger und Erzbberger hat die Militärverwaltung beschlossen, daß die Konkurrenz der Militärwerkstätten gegen das Schuhmachergewerbe beseitigt wird; letzterer Abgeordneter forderte auch, daß das Handwerk mehr berücksichtigt werde bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten. Das sind die Wünsche und Erfolge des Zentrums zu Gunsten des Handwerks in einer einzigen Session!

Nun mögen uns einmal die Vertreter des genannten Aufrufes fragen, was das Zentrum noch sonst zu Gunsten des Handwerks hätte tun sollen. Sand auf die Brust und eine offene ehrliche Antwort! Was das Zentrum für den kaufmännischen Mittelstand erreicht und getan hat, wollen wir hier gar nicht näher vorführen. Aber wir sind der festen Überzeugung, daß die neue Mittelstandspartei nicht die Hälfte, nicht ein Zehntel von dem hätte leisten können, was das Zentrum erzielte. Und auf diesem Wege der Handwerkerfürsorge, den das Zentrum seit seinem ersten Lebensjahre wandelte, wird es künftig energisch marschieren; der in dem Aufruf enthaltene Vorwurf gegen die bestehenden Parteien trifft somit das Zentrum gar nicht, er mag auf andere Parteien Anwendung finden.

Aber die Handwerker müssen sich auch überlegen: Was wird und kann eine solche Mittelstandspartei erreichen? Fast gar nichts! Wenn die Interessen des Handwerks nur in den Händen dieser Mittelstandspartei künftig liegen würden, stünde es sehr schlimm damit. Eine solche Partei könnte im

Reichstage höchstens ein Dutzend Mandate erhalten; was aber vermag eine solche kleine Fraktion, die nicht einmal eine Vertretung in den Kommissionen erhält? Ganz anders ist es, wenn das Zentrum mit einer Handwerkerforderung kommt; da stehen sofort 100 Abgeordnete hinter demselben, und das wirkt. Deshalb können die Handwerker gar nichts anderes tun, als mit allen Kräften dafür sorgen, daß das Zentrum stets groß und einflussreich bleibt; das ist dann die stärkste und beste Mittelstandspartei für das Handwerk, und dessen Interessen sind am besten gewahrt. Wer dem Handwerk die Gründung einer neuen „deutschen Mittelstandspartei“ nahelegt, dient nicht den Interessen des Handwerks, sondern ist, wenn auch ungewollt, ein Feind desselben. Deshalb Treue dem Zentrum und das Handwerk selbst wird den größten Vorteil hiervon haben.

## Sozialdemokratische Moral.

Der „Vorwärts“ brachte vor einigen Tagen die Sensationsnachricht, daß die sogenannte „Kardorff-Mehrheit“ an der Arbeit sei, das Reichstagswahlrecht zu schmälern; man möge nur einmal bei Dr. Spahn anfragen. Die Zentrumspresse wies darauf hin, daß dieser Führer seit Mitte Juli sich in der wohlverdienten Sommerfrische in den Tiroler Alpen befindet. Auch die nationalliberale Presse spottete über den sozialdemokratischen Tric; nur ein bürgerliches Blatt, der „junge Mann“ der Sozialdemokratie, Herr von Gerlach, tappte in seiner „Berliner Zeitung“ hinter dem „Vorwärts“ her, aber dieser freisinnige Politiker entwickelt sich bekanntlich immer mehr zum politischen Wiederläufer von sozialdemokratischen Sensationsnachrichten und ist deshalb nicht mehr vollgültig zu nehmen.

Doch der „Vorwärts“ gestand seinen Schwindel noch nicht ein, er teilte am folgenden Tage mit, daß der Plan dahingebe, das Reichstagswahlrecht zu verschlimmern und das preussische Wahlrecht etwas zu verbessern, damit beide gleichartig sein sollten. Jedes politische Kind sieht hier den Schwindel heraus, da namentlich die jüdischen Staaten und Abgeordneten sich gegen eine solche politische Dummheit wehren würden, wo dort schon teilweise Reichs- und Landtagswahlrecht gleichgestellt sind beziehungsweise diese Gleichstellung angestrebt wird. Ein bürgerliches Blatt hätte eine solche Leistung seinen Lesern nicht zu bieten gewagt. Aber der „Vorwärts“ kennt seine Pappenheimer, er darf diesen alles ausnutzen, sobald es gegen politische Gegner geht. Da hört jedes selbständige Denken der Genossen einfach auf.

Das scharfe Dementi der Zentrumspresse aber zwang den „Vorwärts“ endlich, in einem Punkte den Rückzug anzutreten; Dr. Spahn hat jetzt an den Konferenzen nicht mehr teilgenommen, wie es aus der ersten Meldung sehr deutlich angenommen werden mußte; jetzt behauptet der „Vorwärts“ nur noch, man sei an Dr. Spahn mit einer entprechenden Anfrage herangetreten. Das ist etwas ganz anderes, als was zuerst in die Welt hinausgegeben worden ist. Aber die Zentrumspresse war in der Lage, auch diese Meldung als total falsch zu bezeichnen, und nun gibt der „Vorwärts“ sie endlich preis und gesteht faktisch ein, daß er die ganze Sache aus den Fingern gelogen hat; er bringt nämlich keinen Beweis für seine Behauptung, er entschuldigt sich nicht, daß er hinteres Licht geführt worden sei, wohl, weil ihm niemand diese Meldung zürge, sondern sie auf der Redaktion ausgebrütet worden ist. Ja, er hat die unerhörte Dreistigkeit, jetzt zu sagen, es sei ihm nur darum zu tun gewesen, festzustellen, daß man auf konservativer Seite Gegner des bestehenden Wahlrechts sei. Um diese Wahrheit also anzufreien, benutzt der „Vorwärts“ die Verdächtigkeit der Zentrumsfraktion in der Ermögung, daß immer etwas hängen bleibt. Einen Anhaltspunkt für seine Meldung hatte er nicht; er wollte nur Sensation machen und hat sich am Schlusse der verfrachten Manipulation selbst das Zeugnis der Unehrlichkeit und Varnage ausgestellt.

Treffender konnte die sozialdemokratische Moral nicht charakterisiert werden, als es hier geschehen ist, gegenüber dem Gegner hält sie jedes Mittel, selbst das allerhöchste, für gestattet. Was hier der „Vorwärts“ im großen tut, das wiederholt sich aber tagtäglich im großen und kleinen innerhalb der sozialdemokratischen Partei.

Nun noch ein Stüchchen der sozialdemokratischen Moral. Eben erhalten wir die Sonntagsnummer des „Vorwärts“ mit dem illustrierten Unterhaltungsblatt „Die neue Welt“. Dieses Unterhaltungsblatt hat eine Inseratenbeilage, bei welcher die Zeile 7,50 Mark kostet. Die Inseratenbeilage ist von einem S. Eisler in Berlin gepachtet; selbstverständlich muß derselbe einen horrend hohen Nachpreis an den Verlag der „Neuen Welt“ zahlen. Dieser Verlag aber ist Parteiverlag und hat alle Ueberflüsse an die Parteipresse abzuliefern. Wie wir nun schon öfters mitteilten, finden sich in dieser Beilage die unsittlichen Anzeigen und die ausgelegten Schwindelanzeigen in Massen vor; die zuletzt erschienene Nr. 33 hat nicht weniger als sieben Anzeigen solcher Art, dabei befindet sich noch an auffallender Stelle die Bitte: „Die geschäftigen Leser bitten wir, bei Anträgen, Bestellungen von Preislisten und bei Aufträgen stets auf die „Neue Welt“ Bezug nehmen zu wollen. „Neue Welt“, Abteilung für Anzeigen.“ Es wird somit nicht nur durch solche Anzeigen den sozialdemokratischen Abonnenten das Geld für Schwindel und Unsittlichkeit aus der Tasche gelockt, sondern die Parteikasse macht sich noch fett hierdurch. Um nun aber das Maß der Heuchelei voll zu machen, findet man dann in der sozialdemokratischen Presse ab und zu ganz gewaltige sittliche Enttäuschung darüber, daß ein bürgerliches Blatt eine Anzeige

enthält, die auch wir nicht billigen. Vor der eigenen Türe kehrt man aber nicht, obwohl selbst vielen Genossen die Geschichte zu bunt wird. Ein Berliner sozialdemokratischer Arzt hat erst vor einiger Zeit in einer Parteiverammlung offen Beschwerde darüber geführt, daß diese Inseratenbeilage solche Schwindelanzeigen bringt. Aber Abhilfe ist nicht eingetreten, das Geld wird ruhig eingestekt. Das ist ein zweites Stück sozialdemokratischer Moral, das sich ganz ebenbürtig an das erste anreicht. In den Scharen der Genossen wirkt dieses Gift ihrer Presse weiter und verseucht die gesamte Lebensauffassung.

## Politische Rundschau.

### Deutschland.

Die Bischofskonferenz zu Fulda ist am 19. d. M. vormittag geschlossen worden.

Der Zollertrag, verteilt auf den Kopf der Bevölkerung, betrug 2,03 M. im Jahresfrist 1866 bis 1870. Im folgenden Jahresfrist stieg er auf 2,87 und im Jahresfrist 1876/1880 auf 3,20 M. Die Jahre 1881/1885 hatten einen Zollertrag von durchschnittlich 4,74 M., 1886/1890 einen solchen von 6,65 M., 1891/1895 von 7,63 M. und 1896/1900 von 8,87 M. jährlich. Im Jahre 1901 erreichte der Zollertrag 9,15 M., 1902 9,23 auf den Kopf. Die Höhe der Einnahmen nach Einführung des neuen Zolttarifs läßt sich noch nicht übersehen.

An der internationalen Regierungskonferenz für Arbeiterschutz, die im Mai 1903 in der Schweiz stattfand, hat nunmehr auch die englische Regierung sich zu beteiligen entschlossen. Es liegen somit von sämtlichen ausschlaggebenden Staaten Europas: Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Belgien, Frankreich, Italien, Holland, Luxemburg, England und der Schweiz, Zusicherungen der Teilnahme vor. Darauf gestützt wird die schweizerische Bundesregierung nunmehr wohl im Herbst die offizielle Einladung erteilen, um die noch fernstehenden Staaten, vor allem die Vereinigten Staaten und Rußland, zur Besichtigung der Konferenz zu gewinnen.

Die Bevölkerung des Deutschen Reiches wird im neuesten „Statistischen Jahrbuch“ nach dem Stande am Mitte dieses Jahres auf 59 495 000 Personen geschätzt. Bei der letzten Volkszählung, die am 1. Dezember 1900 stattgefunden hat, ist eine Einwohnerzahl von 56 367 178 Köpfen festgestellt, so daß in den seitdem verflochtenen 3 1/2 Jahren eine Bevölkerungszunahme um etwa 3,03 Millionen oder 5,5 vom Hundert stattgefunden hat. Von 1895 bis 1900 hatte sich die Bevölkerung um 4,09 Millionen vermehrt. Seit Errichtung des Deutschen Reiches bis Mitte dieses Jahres hat die Bevölkerung desselben um rund 18,5 Millionen oder 45 vom Hundert zugenommen.

Zur Hibernia-Verstaatlichung teilt eine offiziöse Korrespondenz mit, daß die Annahme, als habe die Dresdner Bank die großen Aktienkäufe auf eigene Faust übernommen, vollkommen irrig sei. Die Käufe der Hiberniaaktien sind auf Initiative der Regierung und nicht für private Rechnung erfolgt. Es ist deshalb auch ausgeschlossen, daß die Regierung ihren Plan aufgeben und wegen des Widerstandes, den derselbe infolge falscher Auffassungen an einzelnen Stellen gefunden hat, zurückweichen. Nichts wäre falscher, als wenn sich die Aktionäre dem Wahn hingäben, daß die Regierung sich irgend einer Prestigeunterwerfung unterwerfen könnte. Der Zweck, der mit der Verstaatlichung der Hibernia verfolgt wird, ist kein anderer als der, im Kohlenindustriale eine einflussreiche Stimme zu gewinnen. Die „Morgenpost“ will aber wissen, wer den ersten Anstoß zur Verstaatlichungsabsicht gegeben hat; der Gedanke soll nicht dem Kopfe des Ministers Müller entspringen sein, sondern Jürist von Donnersmarck soll die Idee ausgedacht haben. Dieser industrielle Magnat, der im Aufsichtsrat der Reichsbank sitzt und vor einigen Jahren gefürchtet worden ist, hat wie man im westfälischen Industriebezirk erzählt, wegen des Druckes, den das Kohlenindustriale auf ihn auszuüben verachtete, sich an hoher Stelle beschwert und auf die Folgen hingewiesen, die sich ein Druck für die gesamte Industrie haben könnte. Daher die vollkommene und schnelle Befehlung des Handelsministers.“ Eine Bestätigung bleibt abzuwarten.

Ein neuer Kolonialskandal. Südwestafrica kostet uns nicht nur das Leben vieler tapferer Soldaten, und nahezu 100 Millionen M.; es bringt auch zu dieser unglücklichen Beisehung noch einen Kolonialskandal. Wir haben schon kürzlich einige Andeutungen darüber gegeben, wonach es sich um einen nicht aufgefällten Nord handelt. Die „Kol. Zeitschrift“ teilt nun näheres mit. Danach war der Mörder der stellvertretende Distriktschef von Bethanien, Sanitätsunteroffizier Kossak. Der Distriktschef von Bethanien aber, Baron von Stempel, war der Beamte, der der Anzeige Gronewalds von der Nordart keine Folge gegeben haben soll. Nach der „Kol. Zeitschr.“ ist der Tod des Regers mit geradezu raffinierter Grausamkeit herbeigeführt worden. Der Regent erhielt hiernach auf Befehl des Kossak in 6 Tagen nur dreimal Nahrung, und zwar am ersten Tage seiner Inhaftnahme. Vom Dienstag bis zum Sonnabend, dem Todestage, bekam er nichts, wohl aber versuchte Kossak, den Erschöpften an einem eifrig kalten Septembertage im Schatten einer Mauer dadurch zur Arbeit zu ermuntern, daß er den krummgeschlossenen Mann mit kaltem Wasser so lange übergoss, bis er in einem Tümpel lag. Um den Abfluß des Wassers zu verhindern, führte man um den an der Mauer liegenden Regent einen Erdwall auf und froh ihn so zu Tode, da Kossak Sorge trug, daß kein erwärmender Sonnenstrahl den Mann treffen durfte. Kossak hat nach seiner